



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus
Raum 4341
Telefon 030 227 – 77 654
Fax 030 227 – 76 654
E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis
Hopfenstraße 4
47441 Moers
Telefon 02841 9980599
Fax 02841 9980588
E-Mail: siegmund.ehrmann.wk01@ bundestag.de

Wahlkreis
Südwall 38
47798 Krefeld
Telefon 02151 319650
Fax 02151 8207611
E-Mail: siegmund.ehrmann.wk02@ bundestag.de

Berlin, 16. Oktober 2014

Bericht aus Berlin 7/2014

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

heute hat die Bundesregierung ihre Herbstprojektion 2014 veröffentlicht: Demnach geht die Bundesregierung im Vergleich zur ihrer Frühjahrsprognose und in Übereinstimmung mit den großen Wirtschaftsinstituten davon aus, dass sich die Wachstumsdynamik in Deutschland abschwächen wird.

Wirtschaftswachstum: Nachhaltige Investitionen nötig

Deutschland steht weiterhin auf einem robusten wirtschaftlichen Fundament. Der Arbeitsmarkt ist in guter Verfassung und die Reallöhne sind gestiegen. Tatsache ist aber auch: Die unruhige außenpolitische Lage hinterlässt ebenso deutliche Spuren in den Auftragsbüchern deutscher Unternehmen wie die anhaltende Wachstumsschwäche im Euroraum und die sich abkühlende Weltwirtschaft. Angesichts der jüngsten Konjunkturprognose ist Panik sicherlich nicht angebracht. Aber wir sollten auch nicht selbstgefällig die Hände in den Schoß legen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass aus einer Wachstumsdelle keine anhaltende Schwächephase wird. Notwendig dafür ist, dass wir unsere Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum nachhaltig stärken. Deshalb steigern wir die Investitionen in unsere Verkehrswege und den Bildungsbereich



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 2 -

deutlich. Gleichzeitig entlasten wir Länder und Kommunen um rund 10 Mrd. Euro, um hier zusätzliche Freiräume für Investitionen zu schaffen. Dabei halten wir an dem Ziel fest, 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Nur mit einer leistungsfähigen Infrastruktur, gut ausgebildeten Fachkräften und innovativen Technologien bleibt Deutschland wettbewerbsfähig. Mit öffentlichen Mitteln allein ist das nicht zu stemmen. Unser Land braucht deshalb eine langfristige Strategie für mehr Investitionen der Privatwirtschaft. Die wichtigste Voraussetzung dafür sind verlässliche Rahmenbedingungen, wie wir sie etwa in der Energieversorgung durch die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geschaffen haben. Der Bundeswirtschaftsminister erarbeitet derzeit ein Konzept, um private und öffentliche Investitionen weiter anzukurbeln. Dazu gehören gezielte Investitionsanreize genauso wie der Abbau überflüssiger bürokratischer Vorschriften für Unternehmen.

Europa - gemeinsam an einem Strang ziehen

Nur als Teil eines starken Europas kann Deutschland auf Dauer seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entfalten und Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen deshalb mit unseren europäischen Partnern gemeinsam an einem Strang ziehen. Jeder muss seine Möglichkeiten nutzen, um Beschäftigung und Wachstum nachhaltig zu steigern. Mit mehr Investitionen und dem flächendeckenden Mindestlohn leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stärken.

Entscheidend ist, dass wir in Europa konkrete Fortschritte erzielen. Die zur Verfügung stehenden Mittel auf europäischer Ebene, wie zum Beispiel die 6 Mrd. Euro für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, müssen ausgeschöpft werden. Klar ist: Die notwendigen Strukturreformen in vielen Ländern Europas haben bessere Chancen auf politische Durchsetzbarkeit und Erfolg, wenn sie in einem günstigen Wirtschaftsklima erfolgen. Europa muss deshalb rasch aus der Krise, es muss aber auch in künftigen Krisen handlungsfähig sein. Zusätzliche Investitionen sind unabdingbar, aber dafür darf nicht der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zweckentfremdet werden. Andernfalls schwächen wir die Krisenresistenz Europas und riskieren einen gefährlichen Vertrauensverlust in die Stabilität des Euros.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Die voranschreitende Digitalisierung verändert unsere Lebens- und Arbeitswelt dramatisch. Mit der Digitalen Agenda hat die Bundesregierung erstmals ein umfassendes politisches Handlungsprogramm vorgelegt. Wir wollen die Chancen für Demokratie, Wohlstand und Lebensqualität nutzen, die uns digitale Technologien eröffnen. Die Digitale Agenda werden wir deshalb in engem Dialog mit Wirtschaft, Tarifpartnern, Zivilgesellschaft und Wissenschaft umsetzen. Der Ausschuss „Digitale Agenda“ wird diesen Prozess zusammen mit einer neuen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 3 -

Koalitionsarbeitsgruppe im engen Austausch mit den involvierten Bundesministerien inhaltlich begleiten.

Der Wirtschaftsempfang unserer Fraktion vergangene Woche hat ein Schlaglicht auf das Thema „Industrie 4.0“ geworfen. Mehr als 800 Gäste haben mit uns darüber diskutiert, wie wir deutsche Unternehmen und Mittelständler dabei unterstützen können, ihre spezifischen Kompetenzen in die digitale Ära zu überführen. Gleichzeitig haben wir deutlich gemacht: Die SPD setzt sich mit den Herausforderungen auseinander, die die digitale Arbeitswelt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet. In diesem Kontext hat Sigmar Gabriel zu Recht auf die Notwendigkeit hingewiesen, digitale Bildung als festen Bestandteil schulischer Bildung und beruflicher Aus- und Weiterbildung zu integrieren.

Für eine gute und menschenwürdige Pflege

Die Zahl der Menschen, die der Pflege bedürfen, steigt kontinuierlich an: Von derzeit 2,5 Millionen auf voraussichtlich über 4 Millionen bis zum Jahr 2050. Um die Situation von Pflegebedürftigen, Angehörigen und Pflegekräften zu verbessern, bringen wir eine umfassende Pflegereform auf den Weg. Als ersten Baustein werden wir ab 1. Januar 2015 Leistungen im Umfang von insgesamt 2,4 Mrd. Euro ausweiten und flexibilisieren. Zum Beispiel bei der Tages- und Nachtpflege oder für neue Wohnformen. Bei der stationären Pflege sollen bis zu 45.000 zusätzlichen Betreuungskräfte zum Einsatz kommen können.

Viele, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern, sind erwerbstätig. In dieser schwierigen Lebenssituation ist mehr zeitliche Flexibilität der elementare Schlüssel, um Beruf und Pflege zu vereinbaren. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag verankert, Pflegezeit und Familienpflegezeit mit Rechtsanspruch zusammenführen. Manuela Schwesig hat einen guten Gesetzentwurf vorgelegt, der die berufstätigen pflegenden Angehörigen unterstützt. Zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft werden vermieden. Im Gegenteil sorgen wir dafür, dass den Unternehmen engagierte Fachkräfte erhalten bleiben, wenn sie zeitweise kranke Familienangehörige pflegen müssen. Wichtig war uns, dass Menschen auch die letzten Tage im Leben eines Angehörigen begleiten können. Wir haben erreicht, dass künftig ein Anspruch auf eine dreimonatige Sterbebegleitung besteht. Auch unverpartnerte gleichgeschlechtliche Paare gehören zum Kreis der Anspruchsberechtigten. Dafür haben wir uns mit Erfolg eingesetzt.

Kommunen bei Flüchtlingsunterbringung helfen

Ihr alle verfolgt in Euren Wahlkreisen, wie sehr die Kommunen durch die ansteigende Zahl von Asylbewerbern gefordert sind. Wir wollen die Kommunen gezielt unterstützen, diese Herausforderung zu bewältigen. Im Koalitionsvertrag hat die SPD durchgesetzt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell ausreichend ausgestattet wird, damit zügige und rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleistet sind. Diese Forderung haben wir im Haushalt 2014 im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens in einem ersten Schritt umgesetzt. Wir



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

- 4 -

haben 300 neue Stellen geschaffen, die im Laufe dieses Jahres besetzt sein werden. Zudem ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit der jüngst verabschiedeten Änderung des Asylverfahrensgesetzes entlastet worden, mit dem wir Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft haben.

Im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes, über das wir derzeit im parlamentarischen Verfahren beraten, wollen wir die Kommunen und die überörtlichen Träger zusätzlich entlasten: Es soll ab dem Jahr 2015 zu Minderausgaben der Länder und Kommunen von 31 Mio. Euro, ab Jahr 2016 von 43 Mio. Euro führen. Die Hamburger Bundesratsinitiative, den Belangen von Flüchtlingen im Bauplanungsrecht einen größeren Stellenwert einzuräumen, werden wir aufgreifen. Die Kommunen bekommen damit zusätzliche Instrumente, um kurzfristig Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. Dies soll befristet auch auf unbebauten Grundstücken in unmittelbarer Siedlungsnähe und als Ausnahme in Gewerbegebieten leichter möglich sein. Daneben sehen wir als SPD-Fraktion auch die Bundesverwaltung in der Pflicht: Zu prüfen ist, ob und zu welchen Konditionen Liegenschaften unter Bundesverwaltung genutzt werden können. Klar ist: Für uns hat die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge oberste Priorität.

Dies sind erste Schritte, um die Kommunen wirksam bei der Unterbringung der Flüchtlinge zu unterstützen. Wir werden weitere angehen. Vergangene Woche hat die AG Migration und Integration der Fraktion mit Staatsministerin Aydan Özoguz, dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Manfred Schmidt, sowie der Bundes-SGK und einem Vertreter des Innenministeriums Schleswig-Holsteins über die mögliche konkrete Lösungen für Kommunen diskutiert.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 5 -

2. ZUR WOCHE

TOP 4: Die Digitale Agenda 2014 - 2017 voranbringen

Mit der Digitalen Agenda hat die Bundesregierung erstmals ein umfassendes politisches Programm für die Digitale Gesellschaft vorgelegt - eines unserer zentralen Vorhaben im Koalitionsvertrag. Sie bündelt alle wesentlichen digitalen Vorhaben der Bundesregierung wie Netzinfrastruktur, die Förderung der digitalen Wirtschaft, IT-Gründungen, Industrie 4.0, die digitale Verwaltung, Open Data, IT-Sicherheit, Datenschutz, digitales Lernen und den Fachkräftebedarf einer Digitalen Wirtschaft.

Voraussetzung für das Gelingen der Digitalen Agenda ist vor allem das klare Bekenntnis zum flächendeckenden Breitband-Ausbau. Bis 2018 sollen alle Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s versorgt sein, wobei gerade die ländlichen Kommunen Unterstützung benötigen. Auch die Schaffung von Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber treibt den Ausbau der digitalen Infrastruktur voran. Mit der Digitalen Agenda wird erstmals ein umfassendes Digitalisierungsprogramm auf den Weg gebracht, mit dem alle relevanten Themen gebündelt und koordiniert werden. Die Fraktion wird die Umsetzung der Digitalen Agenda maßgeblich unterstützen und vorantreiben. Fortgesetzt wird in dieser Woche die Veranstaltungsreihe der SPD-Bundestagsfraktion zur Digitalen Agenda mit einem Fachgespräch zum Thema „Bitcoin & Co.“ am Freitagnachmittag.

TOP 6: Europäischen Rechtsrahmen für Ökolandbau stärken

Mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen zur Novelle der EU-Öko-Verordnung geben wir in dieser Woche der Bundesregierung verbindliche Leitlinien für die weiteren Verhandlungen auf Brüsseler Ebene vor. Wir wollen, dass mehr heimische Landwirte vom dynamischen Wachstum des Biomarktes profitieren und aktiv Marktchancen nutzen können. Deshalb muss der europäische Rechtsrahmen den Ausbau des Marktes für Bio-Lebensmittel stärken statt ausbremsen. Dazu gehören einheitliche Standards und regelmäßige Kontrollen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher weiter auf das Bio-Label vertrauen können. Außerdem unterstützen wir den „Zukunftsplan Öko“ von Landwirtschaftsminister Christian Schmidt, durch den die unterschiedlichen Fördermaßnahmen der Bundesregierung für die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft strategisch besser koordiniert werden sollen.

TOP 7: Für eine glaubwürdige Menschenrechtspolitik eintreten

Mit der vorliegenden Beschlussempfehlung der Regierungsfaktionen bewerten wir die Jahresberichte 2012 und 2013 der EU zu ihren Aktivitäten im Bereich der Menschenrechtspolitik. Der Deutsche Bundestag würdigt das Engagement der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton. So hat sie u.a. die Aufnahme des Menschenrechtsdialogs mit Myanmar/Birma erreicht. Zudem begrüßen wir die Entschlossenheit der EU, sich künftig noch mehr für die Meinungsfreiheit, einschließlich



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 6 -

Medienfreiheit einsetzen zu wollen. Ferner unterstützen wir die EU bei ihrer Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels 2012-2016. Zudem fordern wir die EU auf, die Menschenrechtslage bei allen Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten fortgesetzt mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen und mit Nachdruck auf die Einhaltung der Menschenrechte zu drängen.

TOP 9: Antiterror-Datei verfassungsfest gestalten

Im Jahr 2006 hatte die letzte Große Koalition eine so genannte Antiterror-Datei eingerichtet. Hierdurch sollten Polizei, Staatsanwalt und Nachrichtendienste Zugang zu den gleichen ermittlungsrelevanten Daten für die Terrorabwehr erhalten. Am 24. April 2013 hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden, dass eine solche Verbunddatei für verschiedene Sicherheitsbehörden im Grundsatz mit der Verfassung vereinbar ist. Gleichwohl hat das BVerfG Nachbesserungen gefordert. Diese betreffen u.a. die Reichweite der als terrorismusnah erfassten Personen, die Einbeziehung von Kontaktpersonen, die Bestimmung der beteiligten Behörden sowie die Einbeziehung von Daten, die durch Eingriffe in das Brief- und Fernmeldegeheimnis und in das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung erhoben wurden. Diese erforderlichen Änderungen sollen nun mit dem geplanten Gesetz umgesetzt werden. Nach Maßgabe des Koalitionsvertrages werden zudem in der Anti-Terror-Datei komplexere Recherchemöglichkeiten geschaffen, wie sie für die Rechtsextremismusdatei bereits existieren, allerdings begrenzt auf bestimmte Projekte. Das Bundeskriminalamt soll dem Bundestag und der Öffentlichkeit alle drei Jahre, erstmals zum 1. August 2017, über den Datenbestand und die Nutzung der Antiterror-Datei berichten.

TOP 11: Deutsche Wirtschaft fördern

Mit dem Gesetzentwurf wird der Verfügungsrahmen zur Nutzung der Mittel aus dem ERP-Sondervermögen bestimmt. Nach dem vorliegenden Wirtschaftsplan sollen im Jahr 2015 rd. 808 Millionen Euro zur Förderung der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Damit können unter anderem Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (insbesondere des Mittelstandes) und Angehörige Freier Berufe zinsgünstige Finanzierungen aus ERP-Programmen der KfW mit einem Volumen von insgesamt bis zu 6,32 Mrd. Euro erhalten.

TOP 13: Berufliche Bildung zukunftssicher gestalten

Die Stärke der deutschen Wirtschaft zeichnet sich durch ihr hohes Maß an Innovationsfähigkeit aus. Eine Ursache dafür liegt in unserer leistungsfähigen beruflichen Bildung, insbesondere in der dualen Berufsbildung. Sie ist weltweit als Schlüsselfaktor für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und hohe Beschäftigungsquoten anerkannt. Das bestätigt ausdrücklich die von der Bundesregierung eingerichtete Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) in ihrem jüngst veröffentlichten Jahresgutachten 2014. Zur Erhaltung der Zukunftsfähigkeit ist es jedoch wichtig, auch in der beruflichen Bildung den Fachkräftenachwuchs stärker in den Blick zu



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 7 -

nehmen. Dafür müssen wir die Berufsausbildung an Veränderungen in der Produktions- und Arbeitswelt, Auswirkungen der Demografie und gewandelte Strukturen im Bildungsprozess anzupassen. In dem Antrag der Koalitionsfraktionen werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, u.a. wird gefordert, den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs 2010-2014 zur Allianz für Aus- und Weiterbildung fortzuentwickeln, eine Ausbildungsgarantie für alle Bewerberinnen und Bewerber anzustreben, unsere Berufsbilder zu modernisieren, das Übergangssystem zu überprüfen und die berufliche Aufstiegsfortbildung zu stärken (Meister-BAföG).

TOP 15: LKW-Mautsätze anpassen

Mit dem Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes beschließen wir in dieser Woche rechtlich notwendige Änderungen bei der LKW-Maut. Wesentlicher Inhalt des Gesetzentwurfs ist die Absenkung der LKW-Mautsätze auf der Grundlage des neuen Wegekostengutachtens für die Jahre 2013 bis 2017. Kompensiert werden die daraus entstehenden Einnahmeausfälle teilweise durch die erstmalige Einrechnung der Kosten aus Luftverschmutzung, die infolge europarechtlicher Änderungen möglich wurde. Auch die Kosten aus Lärmbelastungen können in Zukunft eingerechnet werden. In der Summe verbleiben Mindereinnahmen bei der LKW-Maut in Höhe von 460 Mio. Euro bis 2017. Darüber hinaus wird eine eigene günstige Lkw-Mautklasse für umweltfreundliche Euro VI-Fahrzeuge geschaffen.

TOP 16: Datenschutzaufsicht stärken

Mit dem zweiten Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, dessen Entwurf in dieser Woche in 1. Lesung beraten wird, soll die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in eine neue oberste Bundesbehörde mit Dienstsitz Bonn überführt werden. Damit wird die Bedeutung des Datenschutzes politisch und rechtlich unterstrichen und die Beauftragte in ihrer Unabhängigkeit weiter gestärkt.

TOP 17: Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik umsetzen

Ende 2013 wurde auf europäischer Ebene eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik beschlossen. In dieser Woche beraten wir abschließend einen Gesetzentwurf, mit dem das nationale Durchführungsrecht im Bereich der „Cross-Compliance“ angepasst wird. Diese Vorschriften regeln Grundanforderungen an die Betriebsführung und die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand. Außerdem werden datenschutzrechtliche Vorschriften konkretisiert.

TOP 18: Tätigkeit der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen erleichtern



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 8 -

Mit dem als Regierungsentwurf vorliegenden Gesetz wird ein Vertrag ratifiziert, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WGRK) als internationale Dachorganisation von derzeit 229 nationalen Kirchen in 108 Staaten die Niederlassung als Organisation und die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Deutschland erleichtern soll. In diesem Rahmen werden der WGRK vertraglich bestimmte Sonderrechte bei der Einreise und dem Aufenthalt ihrer ausländischen Mitarbeiter und Gäste eingeräumt, insbesondere im Bereich des Aufenthaltsrechts und des Zugangs zur gesetzlichen Krankenversicherung.

TOP 19: Europäische Partnerschaft mit AKP-Staaten weiterentwickeln

Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe dienen der turnusmäßigen Anpassung des Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Staaten Afrikas sowie des Karibischen und Pazifischen Raums (AKP-Staaten) und zum anderen der Einrichtung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Mit dem so genannten Cotonou-Abkommen aus dem Jahr 2000 sollte die Zusammenarbeit im Bereich Handel und Investitionen, aber auch in Fragen der Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik intensiviert werden. Das Abkommen wird nunmehr in verschiedenen Punkten aktualisiert und ergänzt. So sollen beispielsweise künftig Friedensunterstützung und Krisenprävention, Gleichbehandlung und der Klimawandel eine größere Rolle spielen. Regionale Akteure, insbesondere die Afrikanischen Union, sollen gestärkt und die Steigerung der Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit in den Fokus gerückt werden. Außerdem wird der Handelsteil bereinigt. Er soll durch Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) ersetzt werden.

TOP 20: Mikrozensusgesetz und Bevölkerungsstatistikgesetz verbessern

Mit dem Gesetz, dessen Entwurf wir abschließend in 2./3. Lesung beraten, soll zum Test bevorstehender Neuerungen eine Experimentierklausel in das Mikrozensusgesetz 2005 eingefügt werden. Hintergrund sind absehbare Änderungen auf EU-Ebene und die beabsichtigte Schaffung eines integrierten Gesamtsystems aus mehreren Statistiken. Bei dem Bevölkerungsstatistikgesetz sind zudem Änderungen vorgesehen, um die Qualität der Statistik zu verbessern.

TOP 21: Leistungen in der Pflege ausbauen und flexibilisieren

Der vorliegende Gesetzentwurf hat zum Ziel, die Pflegeversicherung zukunftsfest auszugestalten. In einem ersten Schritt sollen die Leistungen der Pflegeversicherungen ausgeweitet und flexibilisiert werden. Dies gilt insbesondere für die Kurzzeit- und Verhinderungspflege, die Tages- und Nachtpflege sowie für neue Wohnformen. Bei der stationären Pflege soll der Einsatz von bis zu 45.000 zusätzlichen Betreuungskräften ermöglicht werden. Die in Euro-Beträgen festgesetzten Pflegeleistungen werden zudem um 4 Prozent angehoben. Dazu wird der Beitragssatz zum 1. Januar 2015 um 0,3 Prozentpunkte erhöht. In Ergänzung dazu soll ein neuer Vorsorgefonds dazu beitragen, die demografiebedingt steigenden



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 9 -

Leistungsausgaben gerechter auf die Generationen zu verteilen. In einem zweiten Schritt soll in dieser Legislaturperiode ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff auf Grundlage der Empfehlungen eines Expertenbeirates eingeführt werden.

TOP 23: Deutsche Hilfen im Kampf gegen Ebola verstärken

In mehreren Ländern Westafrikas ist laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) die schwerste Ebola-Epidemie ausgebrochen seit Entdeckung des Virus im Jahr 1976. Das Ausmaß der Epidemie überfordert die Möglichkeiten der medizinischen Versorgung in den betroffenen Ländern. Wenn sich die Epidemie noch weiter ausbreitet, wird dies nicht nur furchtbare humanitäre Folgen haben, sondern die betroffenen Länder und Regionen auch nachhaltig in ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsprozess beeinträchtigen. Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, Hilfe in dieser medizinischen Ausnahmesituation zu leisten. In unserem Entschließungsantrag mit der Union begrüßen wir die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zur finanziellen und technischen Unterstützung der betroffenen Länder. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag im Kampf gegen Ebola im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel nochmals zu erhöhen.

TOP 26: Erdfernerkundung in Afrika nutzen

Die vorliegende Technikfolgenabschätzung „Erdfernerkundung: Anwendungspotenziale in Afrika“ liefert einen Überblick über die technischen Möglichkeiten, mit Satellitensystemen bessere Entscheidungsgrundlagen in afrikanischen Länder zu erhalten. Fernerkundungssatelliten umkreisen seit Jahrzehnten die Erde und liefern Daten zum Zustand der Umwelt und zu Vorgängen auf der Erdoberfläche. Mit diesen Daten werden das Ressourcenmanagement in Land- und Forstwirtschaft, die Einschätzung der Umweltsituation, die Kartierung und Planung von Siedlungen und das Katastrophenmanagement unterstützt. Angesichts zunehmender ökologischer und sozialer Probleme (Desertifikation, Erosion, Nahrungsmittelknappheit, Stadtentwicklung) in Afrika könnte satellitengestützte Fernerkundung dort künftig eine größere Rolle spielen, um Probleme zu lösen und politische Entscheidungen zu treffen. Der Bericht liefert Anregungen, wie dieses Potential von Deutschland und durch die internationale Gemeinschaft gefördert werden könnte.